

Erklärung von Karl Schiller zum Zwischenbericht der Ad-hoc-Gruppe (Venedig, 29. und 30. Mai 1970)

Legende: Erklärung des Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller zum Zwischenbericht der Ad-hoc-Gruppe bei der Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaften am 29. und 30. Mai 1970 in Venedig.

Quelle: BArch B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft) / 93460.

Urheberrecht: (c) B.Arch

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_karl_schiller_zum_zwischenbericht_der_ad_hoc_gruppe_venedig_29_und_30_mai_1970-de-db731215-1d9f-4c9a-99ab-e1799c1c2be4.html

Hinweis: "Dieses Dokument wurde mit Texterkennung (OCR - Optical Character Recognition) bearbeitet. Volltextsuche und "Kopieren und Einfügen" sind möglich. Das Ergebnis der Texterkennung hängt jedoch von der Qualität des Originaldokuments ab."

Publication date: 22/05/2014

Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister
der EWG-Staaten am 29./30. Mai 1970 in Venedig

Statement von Bundeswirtschaftsminister Professor
Dr. Schiller zum Zwischenbericht der ad hoc-Arbeits-
gruppe Stufenplan

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren !

- I. Die Arbeitsgruppe, die in der Öffentlichkeit als "Werner-Komitee" bezeichnet wird, hat uns einen interessanten und - wie ich glaube - sehr substanziellen Zwischenbericht vorgelegt. Wir haben allen Grund Herrn Ministerpräsident Werner und seiner Gruppe für die bisher geleistete Arbeit zu danken. Der Bericht ist eine gute Grundlage für die weiteren Arbeiten und eine wertvolle Anregung für unsere Beratungen.
- II. Ich halte es für richtig, daß in diesem Bericht zunächst das Endziel der Wirtschafts- und Währungsunion in den Grundlinien dargelegt worden ist. Diese Offenlegung der Grundelemente für die Endphase ist notwendig, um von dort auf die erforderlichen Maßnahmen in den einzelnen Stufen rückschließen zu können. Es muß nämlich Klarheit über das Ziel herrschen, und dieses Ziel muß eine Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft sein, die frei ist von Ungleichgewichten. Diese Beschreibung des Endzustandes ist gewiss nicht leicht; aber ich meine, daß sie hinsichtlich der ökonomischen Erfordernisse recht gut gelungen ist. Es wäre

- 2 -

trotzdem nützlich, wenn in den weiteren Beratungen einige Elemente noch verdeutlicht werden könnten. Dies gilt besonders für die institutionellen und politischen Konsequenzen. Sicher wäre es verfrüht, Gemeinschaftsorgane in Details schon jetzt beschreiben zu wollen. Das kann auch nicht Aufgabe dieser Arbeitsgruppe sein. Es sollten jedoch die groben Umrisse der im Minimum notwendigen Organe angedeutet werden. Dies dürften

- eine zentrale Instanz mit politischer Verantwortung für die allgemeine Konjunkturpolitik und
- ein autonomes föderatives Organ für die zentrale Willensbildung auf dem monetären Sektor sein.

Hierbei wird die laufende Abstimmung und Koordinierung zwischen beiden Instanzen von besonderer Bedeutung sein.

Es besteht hier in diesem Kreis sicher Einigkeit darüber daß dieser Prozeß der Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion ein Vorgang von fundamentaler politischer Bedeutung ist. Diese Entwicklung wird zwangsläufig eine zunehmende Verlagerung nationaler Hoheitsrechte auf Gemeinschaftsebene mit sich bringen. Dieser Vorgang ist nur dann vertretbar, wenn die wirtschaftspolitischen Gemeinschaftsorgane auf einer parlamentarischen Grundlage errichtet werden.

- 3 -

III. Die erste Stufe stellt den Beginn des Weges zu diesem Endziel dar. Ich halte es für richtig, daß der Bericht die Aufgaben der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik auf der Grundlage von Stabilität und Wachstum so deutlich herausstellt und auch praktische Vorschläge macht. Es wäre nützlich, wenn diese Vorschläge bei den weiteren Arbeiten noch mehr konkretisiert würden. Eines der mit Vorrang zu lösenden Probleme ist sicher die baldige Festlegung kompatibler quantitativer mittelfristiger Zielsetzungen für Preisstabilität, Beschäftigung, Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Hierbei kommt es vor allem auf die Zurückdrängung der gegenwärtigen Preissteigerungsraten an. Die vorgeschlagenen Koordinierungsverfahren im Bereich der Haushaltspolitik sowie der internen Geld- und Kreditpolitik können gute Ansatzpunkte zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Zielsetzungen schaffen. Vielleicht sollte sich die Gruppe jedoch - wie sie selbst ja auch vorgeschlagen hat - noch nähere Gedanken machen, wie diese Verfahren wirklich effektiv ausgestaltet und gehandhabt werden können. Denn es geht darum, daß nicht nur verbal Ziele harmonisiert und geplante Aktionen nur auf dem Papier koordiniert werden. Die Konsultation allein genügt nicht, so wichtig sie auch ist. Entscheidend ist die Umsetzung in die Praxis. Wir müssen in der Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Politik des Gleichgewichts und damit der Stabilität und des Wachstums kommen. Nur dann legen wir ein tragfähiges Fundament für den Weg ins Elyseum.

- 4 -

IV. Für das währungspolitische Vorgehen in der ersten Phase stellt der Bericht zwei unterschiedliche Konzepte zur Diskussion. Wenn ich es richtig sehe, sind es im Grunde zwei Punkte, die für diese erste Phase kontrovers sind:

1. Sollen schon in der ersten Stufe die Bandbreiten bei den Wechselkursen verengt werden?
2. Ist schon in der ersten Phase die Errichtung einer gemeinschaftlichen währungspolitischen Institution - etwa ein Devisenausgleichsfonds - nützlich und wünschenswert?

Zu der Bandbreitenfrage:

Der Bericht weist (auf Seite 2) darauf hin, daß die Gefahr der Entstehung von ökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Gemeinschaft gegenwärtig noch nicht ausgeschlossen werden kann. Das ist zweifellos richtig. Ob es uns paßt oder nicht, wir müssen leider feststellen, daß die Gemeinschaft heute noch recht weit davon entfernt ist, eine Stabilitätsgemeinschaft zu sein. Ich meine, daß dies der Hintergrund ist, auf dem die Frage beantwortet werden muß, wann die währungspolitischen Bindungen weiter ausgebaut werden können. Ich meine, daß gegenwärtig die Zeit für eine Verengung der Bandbreiten noch nicht reif ist. Es würden sich im Gegenteil erhebliche

- 5 -

Risiken ergeben. Solange die Konjunktur- und Zahlungsbilanzentwicklung in der Gesamtgemeinschaft noch nicht ausreichend harmonisiert ist, würde eine Verringerung der Bandbreiten die Stabilitäts- und Zahlungsbilanzpolitik - insbesondere die notwendige Zinspolitik - der Mitgliedstaaten erheblich erschweren. Wir sollten aus den Erfahrungen des Jahres 1969 lernen. Währungspolitische Bindungen sind nach meiner Auffassung nur in dem Maße vertretbar, in dem es uns gelingt, die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in der Praxis zu erreichen. Nur dann hat nämlich die Bandbreitenverengung ein reales ökonomisches Fundament. Und nur dann kann die Gemeinschaft auch die erwünschte währungspolitische Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber dem Dollar gewinnen. Durch währungspolitische Mechanismen allein kann Europa kaum zu einer wirklichen "Persönlichkeit" in der Weltwirtschaft werden.

Zum Devisenausgleichsfonds:

Ein Teil der Mitglieder der Arbeitsgruppe hat den Vorschlag gemacht, schon in der ersten Phase einen europäischen Devisenausgleichsfonds einzurichten. Demgegenüber haben andere Mitglieder gegen die frühzeitige Einrichtung eines solchen Fonds Bedenken geltend gemacht.

Ich neige der Auffassung der zweiten Gruppe zu. Ich anerkenne dabei durchaus die sehr gewichtigen Gründe, die für eine rasche Gründung eines solchen Fonds vorgebracht werden. Wenn ich trotzdem mit meiner Zustimmung zu einem solchen Devisenausgleichsfonds schon in der ersten Stufe zögere, so hat das nichts mit Mangel an europäischem Elan zu tun. Um Mißverständnisse von vornherein zu vermeiden, sage ich ganz deutlich; auch ich bin dafür, daß in der Gemeinschaft möglichst bald die Bandbreiten abgeschafft werden, die Wechselkurse fixiert und garantiert werden. Und ich sage auch ein eindeutiges grundsätzliches Ja zum Aufbau einer europäischen Währungsbehörde und zu einer späteren Zusammenlegung der Devisen. In der ersten Phase erscheint mir die Einrichtung eines Devisenausgleichsfonds allerdings eine unnötige, ja sogar gefährliche Komplizierung zu sein und vielleicht auch ein Umweg für den Aufbau eines europäischen Zentralbanksystems. Solange die wirtschaftspolitische Harmonisierung nicht erreicht ist, würde nämlich ein solcher Fonds bei ökonomischen Gleichgewichtsstörungen allzu leicht in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Zahlungsbilanzungleichgewichte würden sich sehr schnell auf die Fondskonten auswirken mit der voraussehbaren Folge, daß wir alsbald über die Erweiterung der Kreditfazilitäten beraten müßten. Ich meine deshalb, daß wir uns in

- 7 -

der ersten Phase auf die Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik konzentrieren sollten. Wenn wir dann am Schluß dieser Phase feststellen, daß wir bei diesen Bemühungen Erfolg gehabt haben, dann ist auch die Zeit reif dafür, über die Errichtung neuer währungspolitischer Institutionen zu entscheiden. Ich bin durchaus nicht grundsätzlich gegen einen solchen Devisenausgleichsfonds. Im Gegenteil: Entscheidend ist nur der Zeitpunkt seiner Einführung, und entscheidend ist auch die Gestaltung der Modalitäten. Bei den gegenwärtigen Unterschieden in der Wirtschafts- und Währungspolitik unserer Länder halte ich im augenblicklichen Zeitpunkt die Einführung eines Fonds nicht für richtig.

VII. Lassen Sie mich abschließend noch einmal zusammenfassen: Wenn wir eine Verengung der Bandbreiten bei den Wechselkursen und die sofortige Einführung eines Devisenausgleichsfonds gegenwärtig für verfrüht halten, so heißt dies: Wir glauben, daß die Wirtschafts- und Währungsunion reibungsloser, schneller und sicherer erreicht werden kann, wenn wir zunächst die Wirtschaftspolitik harmonisieren. Auf dieser Grundlage können wir dann - bei erfolgreichem Abschluß der ersten Phase durchaus

- 8 -

- 8 -

schon nach einem Zeitraum von etwa drei Jahren - neue währungspolitische Bindungen aufbauen. Denn dann haben wir ein reales und tragfähiges Fundament. Und dann haben wir auch eine hinreichende Sicherheit, daß die währungspolitischen Bindungen nicht einfach beim leisesten Windzug von der Macht der Fakten hinweggeblasen werden. Diese unsere Auffassung steht in voller Übereinstimmung mit dem Kommuniqué von Den Haag. Dort heißt es in Ziffer 8: "Die Entwicklung der Zusammenarbeit in Währungsfragen sollte sich auf die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik stützen".

Kopie aus dem Bundesarchiv